

# N i e d e r s c h r i f t S c h B A / V I I / 1 5

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 17.12.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

## **Anwesend waren:**

### Der Ausschussvorsitzende

Kuhl, Horst

### Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa  
Haßler, Christa  
Hemker, Leo  
Isfort, Mechthild  
Kreutzfeldt, Klaus-Peter  
Mensing, Hartwig  
Steindorf, Ralf  
Weber, Winfried

### Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

|                     |             |
|---------------------|-------------|
| Enting, Hans-Jürgen | Rektor      |
| Hahn, Andrea        | Konrektorin |
| Kahlert, Alexander  | Rektor      |
| Müller, Josef-Karl  | Rektor      |

### Von der Verwaltung

|                      |                       |
|----------------------|-----------------------|
| Niehues, Franz-Josef | Bürgermeister         |
| Gottheil, Erich      | Allgemeiner Vertreter |
| Fuchs, Maria         | Schriftführerin       |

## **Es fehlten entschuldigt:**

### Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

|                     |          |
|---------------------|----------|
| Banse, Otto         | Pfarrer  |
| Hambrügge, Hubert   | Pfarrer  |
| Klapprodt, Anke     | Pastorin |
| Langenheder, Renate | Pastorin |
| Remke, Carsten      | Pfarrer  |

Beginn der Sitzung:

19:15 Uhr

Ende der Sitzung:

21:00 Uhr

## Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung begrüßte Ausschussvorsitzender Kuhl um 18.00 Uhr in der Antonius-Grundschule Darfeld neben den anwesenden Mitgliedern und beratenden Mitgliedern des Schul- und Bildungsausschusses auch die anwesenden Mitglieder des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte den Anwesenden vor Ort, welche Maßnahmen im Einzelnen umgesetzt werden sollen.

Die Anwesenden konnten sich so vor Ort einen Eindruck von der Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen verschaffen.

Ausschussvorsitzender Kuhl eröffnete um 19.15 Uhr im Sitzungssaal die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Wittenberg und Frau Dirks von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 8. Dezember 2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Planungszeitraum 2008 - 2012 zur Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010; hier. Beratung über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der benachbarten Schulträger gemäß § 80 Schulgesetz NRW und Beschlussfassung über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes Vorlage: VII/776**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass zum Zeitpunkt der Einladungserstellung noch nicht alle Stellungnahmen der benachbarten Schulträger vorgelegen hätten. So sei die Stellungnahme der Stadt Billerbeck erst am Sitzungstag eingegangen. Daher sei eine **Tischvorlage** (Tischvorlage Nr. VII/776/1) erstellt worden. Diese wurde den Ausschussmitgliedern ausgehändigt. Wie erwartet sei der regionale Konsens weder von der Stadt Billerbeck noch von der Stadt Coesfeld erteilt worden. Die Schulaufsicht habe aber deutlich gemacht, dass die Nichterteilung des regionalen Konsens begründet sein müsse. Die Verwaltung habe die Argumente der Städte Billerbeck und Coesfeld genau geprüft. Die entscheidende Frage sei gewesen, ob durch die Verbundschule Legden Rosendahl eine Bestandsgefährdung einer benachbarten Schule entstehen könne. Diese Bestandsgefährdung werde seitens der Verwal-

tung nun nicht mehr gesehen, zumal für die Bestandssicherung einer Realschule zwei Eingangsklassen mit insgesamt 36 Schülern ausreichend seien. Diese Zahlen können sowohl Billerbeck als auch Coesfeld in den nächsten Jahren erreichen. Daher sei das K.O.-Kriterium ‚Bestandsgefährdung‘ sowohl für Billerbeck als auch für Coesfeld nicht mehr gegeben. Da die Eltern der Kinder aus dem Ortsteil Darfeld im Rahmen der Elternbefragung deutlich zum Ausdruck gebracht hätten, dass deren Kinder auch weiterhin die Schulen in Billerbeck besuchen sollten, seien die Einwände aus Billerbeck nicht begründet. Die Verwaltung schlage daher vor, die Einwände aus Billerbeck und Coesfeld als unbegründet zurückzuweisen. Der Beschlussvorschlag für den Rat sei umfassend überarbeitet worden. Sofern die Ausschussmitglieder sich nicht in der Lage sähen, heute so kurzfristig über den Beschlussvorschlag zu entscheiden, könne die Entscheidung auch durchaus auf die morgige Ratssitzung verschoben werden.

Ausschussmitglied Haßler entgegnete hierzu, dass es offensichtlich sei, dass die Einwände von Billerbeck und Coesfeld unbegründet seien und daher zurückgewiesen werden sollten. Die Mitglieder der CDU-Fraktion könnten sich daher heute entscheiden.

Er könne das für die SPD-Fraktion unterstützen, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt. Die SPD wolle diesen Minimalkonsens, da mehr momentan nicht zu erreichen sei. Der Widerstand aus Billerbeck und Coesfeld sei zu erwarten gewesen. An der Sachlage als solches habe sich dadurch nichts geändert.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass er eine Entscheidung pro Verbundschule treffen werde. Er habe jedoch eine Frage zur Stellungnahme der Stadt Coesfeld. Dort sei auf Seite 2 erwähnt, dass über die Genehmigungsfähigkeit des aktuellen Modells noch keine Aussage getroffen worden sei. Er könne sich entsinnen, dass der Bürgermeister sich dahingehend geäußert habe, dass seitens des Ministeriums signalisiert worden sei, dass für dieses Modell eine positive Entscheidung praktisch schon getroffen worden sei.

Richtig sei, dass noch keine Entscheidung getroffen sei, so Bürgermeister Niehues. Seitens des Ministeriums sei seinerzeit nicht ausdrücklich gesagt worden, dass dieses Verbundschul-Modell schon genehmigt sei.

Hier werde aber gesagt, dass zur Genehmigungsfähigkeit keine Aussage getroffen worden wäre, so Fraktionsvorsitzender Weber. Er habe das bisher so verstanden, dass ein klares Signal hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit gesetzt worden wäre.

Für die WIR-Fraktion teilte deren Fraktionsvorsitzender Mensing mit, dass heute ein Beschluss gefasst werden könne, da sich ja inhaltlich nichts geändert habe.

Bürgermeister Niehues machte deutlich, dass im ergänzten Beschlussvorschlag im Detail auf die Stellungnahmen aus Billerbeck und Coesfeld eingegangen worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte ausführlich, welche Änderungen bzw. Ergänzungen der ursprüngliche Beschlussvorschlag erfahren habe.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden geänderten **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Die erneuten Einwendungen der Städte Billerbeck und Coesfeld zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den

Planungszeitraum 2008 – 2012 und zur Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010 werden zurückgewiesen.

Aufgrund der durchgeführten Umfrage wird deutlich, dass die neu zu errichtende Verbundschule von den Darfelder Schülerinnen und Schülern nur in geringem Umfange genutzt werden wird. Von den für einen Schulwechsel anstehenden Schülerinnen und Schülern aus Darfeld haben sich nur 4 Eltern für eine Anmeldung zur Verbundschule Legden Rosendahl ausgesprochen. Im Schulentwicklungsplan wird von einer Übergangsquote zur Hauptschule von 23 % ausgegangen. Ausgehend von tatsächlich 37 Darfelder Entlassschülern besuchen daher im kommenden Schuljahr voraussichtlich 9 Schülerinnen und Schüler die Klasse 5 der Hauptschule. Es ist deshalb davon auszugehen, dass es sich bei den 4 Anmeldungen für die Verbundschule um Hauptschüler handelt. Andererseits haben sich 21 Eltern für eine andere Haupt- oder Realschule (Billerbeck) ausgesprochen. Es ist somit sicher anzunehmen, dass – wie bisher – mindestens 14 bis 15 Anmeldungen für die Billerbecker Realschule erfolgen werden. Somit wird auch deutlich, dass die vom Planungsbüro komplan unterbreiteten Annahmen zum Übergang zur Hauptschule Billerbeck noch überschritten werden. Insbesondere aufgrund der Ortsnähe des Ortsteiles Darfeld zur Haupt- und Realschule Billerbeck und der hierfür bestehenden günstigen Busverbindung ist auch in den Folgejahren zweifelsfrei mit einer vergleichbaren Übergangsquote nach Billerbeck zu rechnen. Insoweit ist für den Gesamtbetrachtszeitraum 2009 bis 2014 eine Gefährdung des Bestandes der Realschule Billerbeck in keiner Weise gegeben, zumal für die Bestandssicherung der Realschule zwei Züge mit insgesamt 36 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang ausreichend sind. Diese Schülerzahl wird in allen Jahren deutlich übertroffen.

Für die Stadt Coesfeld bedeutet die Errichtung der Verbundschule Legden Rosendahl ebenfalls keine Gefährdung des Bestandes für beide bestehenden Realschulen. Durch das Umfrageergebnis wird zudem deutlich, dass die in der Machbarkeitsstudie komplan prognostizierten Annahmen, dass 25 % der potenziellen Realschüler aus Holtwick und Osterwick weiterhin die Coesfelder Realschulen besuchen, noch übertroffen werden. Bei Errichtung der Verbundschule Legden Rosendahl mit den Jahrgangsstufen 5 und 6 in Legden und 7 bis 10 in Rosendahl-Osterwick ist aufgrund der gegebenen Entfernungen gegenüber dem Schulstandort Coesfeld für Holtwick Schülerinnen und Schüler eine etwa gleichwertige und für Osterwick Schülerinnen und Schüler eine deutlich verbesserte wohnortnahe Schulversorgung gegeben. Die weiterhin vorgetragenen Bedenken, die Errichtung der Verbundschule würde das bestehende Differenzierungsangebot der Realschulen in Coesfeld durch sinkende Schülerzahlen beeinträchtigen, führen nicht zur Bestandsgefährdung der beiden Realschulen in Coesfeld.

Im Übrigen ist noch darauf hinzuweisen, dass gemäß § 83 Schulgesetz ein Schulträger zur Sicherstellung eines wohnortnahen und differenzierten Bildungsangebotes auch eine bestehende Hauptschule um einen Realschulzweig erweitern kann, sofern es in seinem Gebiet diese Schulform nicht gibt und der Bestand der Schule eines anderen Schulträgers nicht gefährdet ist. Damit hat der Gesetzgeber mit der Änderung des Schulgesetzes im Jahre 2006 bewusst negative Auswirkungen des Schüleraufkommens an bisher traditionell besuchten Schulen in Kauf genommen. Diese negativen Auswirkungen dürfen nur nicht dazu führen, dass eine Schule in ihrem Bestand gefährdet wird.

Abschließend bleibt festzustellen, dass sowohl die Realschule Billerbeck als

auch die beiden Realschulen in Coesfeld durch die geplante Verbundschule Legden Rosendahl in ihrem Bestand nicht gefährdet werden und somit die erneute Verweigerung des regionalen Konsenses unbegründet ist.

2. Der Schulentwicklungsplan der Gemeinde Rosendahl wird für den Planungszeitraum 2008 – 2012
  - für den Primarbereich auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage vom 05. November 2007 beigefügten Entwurfes (vgl. SV Nr. VII/597) und
  - für den Sekundarbereich I auf der Grundlage der durch das Planungsbüro komplan überarbeiteten Machbarkeitsstudie (vgl. SV Nr. VII/734) fortgeschrieben. Dabei wird die Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010 errichtet.

Eine Ausfertigung des gesamten und aktualisierten Schulentwicklungsplanes ist als Anlage dem Originalprotokoll beigefügt.

3. Hinsichtlich des formellen Errichtungsbeschlusses der Verbundschule Legden Rosendahl wird auf die Sitzungsvorlage VII/747 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

### **3 Errichtung der Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010 Vorlage: VII/747**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage VII/747 geändert worden sei. Der Beschlussvorschlag sei zwischenzeitlich mit der Gemeinde Legden abgestimmt worden und aufgrund dieser Abstimmung in einigen Punkten ergänzt worden. Der erweiterte Beschlussvorschlag wurde den Ausschussmitgliedern ausgehändigt.

Allgemeiner Vertreter Gottheil informierte die Ausschussmitglieder über den Wortlaut des Beschlusses der Gemeinde Legden, der mit Rosendahl abgestimmt worden sei. Dieser weiche leicht vom Rosendahler Beschluss ab, was darauf zurückzuführen sei, dass in Legden die Marienschule aufgelöst werden müsse.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Mensing teilte Bürgermeister Niehues mit, dass bei einer aufgrund der geraden Anzahl von Mitgliedern in der Zweckverbandversammlung möglichen Patt-Situation die Stimme des Vorsitzenden nicht doppelt zähle.

Ausschussvorsitzender Kuhl ergänzte, dass beide Gemeinden mit gleicher Anzahl von Mitgliedern in der Zweckverbandversammlung vertreten sein sollten, damit sich keine Gemeinde als schwächerer Partner fühle.

Allgemeiner Vertreter Gottheil informierte die Ausschussmitglieder dahingehend, dass nach seinem Wissensstand die Wahl der Mitglieder der Zweckverbandversammlung nach d'Hondt erfolge. Bei 6 Mitgliedern je Gemeinde könnten bei einem

einstimmigen Beschluss neben dem Bürgermeister alle Fraktionen berücksichtigt werden, wobei die Mehrheitsfraktion 2 Sitze erhalten würde.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies darauf, dass im Beschlussvorschlag unter Punkt 9 Bezug auf das Eckpunktepapier genommen werde. Nach diesem solle jede Gemeinde die Kosten ihres Gebäudes selber tragen. Wer erhalte aber dann den Zuschuss, wenn seitens der Landesregierung ein Förderprogramm aufgelegt werde und die Schule einen Zuschuss erhalte? Könne sich dann nur eine Gemeinde bewerben?

Allgemeiner Vertreter Gottheil entgegnete, dass neue Förderprogramme derzeit noch nicht bekannt seien. Da jede Gemeinde bewusst Eigentümer ihres Gebäudes bleibe, könne Bescheidempfänger nur die jeweilige Gemeinde sein. Wenn es jedoch anders sein sollte, müsse man in dem Fall schauen, wie man dann vorgehe.

Auf erneute Nachfrage vom Fraktionsvorsitzenden Mensing, der u.a. auf das 1.000-Schule-Programm verwies, sagte Bürgermeister Niehues zu, diesen Punkt noch einmal zu prüfen. Eventuell gebe es tatsächlich spezielle Förderprogramme, wo nur die Schule einen Zuschuss erhalte. Diese Regelung dürfe nicht zu einem Hindernis werden. Er hoffe, dass er in der morgigen Ratssitzung eine diesbezügliche Aussage treffen könne.

Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass es sich um **eine** Schule handele, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt. Daher gehöre bis auf die Schülerbeförderung alles in den Zweckverband. Die SPD-Fraktion werde dem Eckpunktepapier so nicht zustimmen.

Bürgermeister Niehues informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass man sich bei dem Eckpunktepapier an die Schöppinger Zweckverbandssatzung angelehnt habe. Dort sei es auch so geregelt worden, dass die Gemeinde Schöppingen für das Schöppinger Schulgebäude und die Stadt Horstmar für das Horstmarer Schulgebäude zuständig bleibe.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt verwies darauf, dass der Schulleiter in diesem Falle zwei Ansprechpartner habe. Dies würde die Aufgabe des Schulleiters erschweren.

Ausschussvorsitzender Kuhl entgegnete, dass Ansprechpartner für den Schulleiter der Zweckverbandsvorsteher sei. Das Eckpunktepapier sei so wie hier vorgestellt mit Legden abgestimmt worden. Es sei damit konsensfähig. Man könne dieses jedoch sicher zu einem späteren Zeitpunkt noch ändern. Für ihn sei wichtiger zu wissen, wer in der Zweckverbandsversammlung Mitglied sein könne.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass Mitglieder der Zweckverbandsversammlung neben den beiden Bürgermeistern je 5 Ratsmitglieder bzw. sachkundige Bürger aus Legden und Rosendahl seien.

Grundsätzlich könne er der Idee von Herrn Kreuzfeldt folgen, so Fraktionsvorsitzender Mensing. Er sehe aber Probleme, wenn es um die Verteilung bestimmter Kosten gehe. Er denke, dass man an bestimmten Stellen trennen müsse.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass eine Regelung gefunden werden musste, die praktikabel sei.

Bürgermeister Niehues sagte zu, dass das Eckpunktepapier noch einmal überprüft werde und dass darüber in der morgigen Ratssitzung berichtet werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass zu einem späteren Zeitpunkt

dieses Eckpunktepapier sicher noch reformiert werden könne. Wichtig sei zunächst, dass die Verbundschule auf den Weg gebracht werde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass das Eckpunktepapier nur die Grundlage für die noch zu erstellende Zweckverbandssatzung sei. Erst mit der Verabschiedung der Zweckverbandssatzung werde endgültig festgelegt, wer welche Kosten zu tragen habe. Das Eckpunktepapier solle eigentlich nur die Richtung vorgeben. Die Kostenverteilung werde hierbei noch einmal überprüft.

Die SPD-Fraktion habe nur rechtzeitig ihre Bedenken vortragen wollen, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt. Er regte an, den Punkt 9 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ergänzen.

Hierauf entgegnete Bürgermeister Niehues, dass es erforderlich sei, dass in beiden Gemeinden deckungsgleiche Beschlüsse getroffen werden würde, eine Ergänzung sei daher nicht möglich.

Ausschussvorsitzender Kuhl ergänzte, dass die Bedenken der SPD-Fraktion doch protokolliert würden.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden geänderte **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Die Droste-Hülshoff-Schule – Gemeinschaftshauptschule – wird mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW um den Standort bzw. Einzugsbereich der aufzulösenden Marienschule Legden erweitert. Dieser Beschluss steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Genehmigung der Erweiterung der Droste-Hülshoff-Schule Rosendahl um einen Realschulzweig im organisatorischen Verbund zum Schuljahresbeginn 2009/10 auf der Basis nachfolgender Punkte.
2. Die Droste-Hülshoff-Schule – Gemeinschaftshauptschule – wird zum Schuljahr 2009/2010 gemäß § 83 Abs. 1 SchulG NRW um einen Realschulzweig erweitert.
3. Die Droste-Hülshoff-Schule führt ab Beginn des Schuljahres 2009/2010 den Namen „Verbundschule Legden Rosendahl“.
4. Die Verbundschule Legden Rosendahl wird ab dem Schuljahr 2009/2010 gemäß § 83 Abs. 4 SchulG NRW an den Teilstandorten Legden (bisherige Marienschule) und Rosendahl-Osterwick (bisherige Droste-Hülshoff-Schule) geführt. Am Teilstandort Legden werden die Jahrgangsstufen 5 und 6 des Hauptschul- und Realschulzweiges und am Standort Rosendahl-Osterwick die Jahrgangsstufen 7 bis 10 des Hauptschul- und Realschulzweiges unterrichtet.
5. Der Hauptschulzweig und der Realschulzweig der Verbundschule Legden Rosendahl werden jeweils auf zwei Züge pro Schuljahr begrenzt. Ausnahmsweise ist in einzelnen Jahren mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde auch ein dritter Zug im Hauptschulzweig möglich.
6. Am Realschulzweig der Verbundschule Legden Rosendahl werden keine Schüler aus den Nachbarstädten Ahaus, Billerbeck und Coesfeld aufgenommen.



7. In der Zeit vom 26.01. bis 30.01.2009 wird das Anmeldeverfahren für die künftige Verbundschule Legden Rosendahl durchgeführt.
8. Die künftige Verbundschule Legden Rosendahl wird in der Trägerschaft eines noch zu gründenden „Schulzweckverbandes Legden Rosendahl“ geführt.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Eckpunktepapiers gemeinsam mit der Gemeinde Legden eine Zweckverbandssatzung zu erarbeiten und zur nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses vorzulegen. Dabei wird vorgeschlagen, die Anzahl der Mitglieder der Zweckverbandsversammlung auf insgesamt 12 Personen vorzusehen.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Gemeinde Legden die gemäß § 81 Abs. 3 SchulG NRW erforderliche Genehmigung für die Verbundschule Legden Rosendahl einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4 Entscheidung über die Erhebung von Elternbeiträgen ab dem Schuljahr 2009/2010 für die Offenen Ganztagsgrundschulen an den Rosendahler Grundschulen**  
**Vorlage: VII/775**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Die CDU-Fraktion habe sich darauf geeinigt, dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zuzustimmen, so Ausschussmitglied Haßler. Der Beschlussvorschlag solle jedoch dahingehend ergänzt werden, dass die Entscheidung über die Erhebung von Elternbeiträgen zukünftig im Rahmen der Haushaltsberatungen getroffen werde.

Fraktionsvorsitzender Weber erinnerte an den seinerzeitigen Antrag der Grünen-Fraktion, dass die Kosten für das Mittagessen für alle OGS-Teilnehmer komplett von der Gemeinde übernommen werden sollen. Diesen Antrag stelle er heute erneut.

Bezugnehmend auf die diesbezügliche anderslautende Berichterstattung in der Allgemeinen Zeitung wies Ausschussmitglied Kreutzfeldt darauf hin, dass die SPD-Fraktion die verpflichtende Teilnahme am Mittagessen beibehalten wolle.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass seine Fraktion Geld gespendet habe, damit die OGS-Kinder das Mittagessen günstiger bekommen können.

In Ahaus sei die Teilnahme an den Betreuungsangeboten der Offenen Ganztagsgrundschulen auch nicht kostenlos, teilte Ausschussmitglied Kreutzfeldt mit.

Die WIR-Fraktion werde dem Vorschlag der CDU-Fraktion folgen, dass zukünftig im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Erhebung von Elternbeiträgen entschieden werde, so deren Fraktionsvorsitzender Mensing.

Ausschussvorsitzender Kuhl ließ zunächst über den Antrag des Fraktionsvorsitzen-

den Weber abstimmen, dass die Kosten des Mittagessens für alle Teilnehmer komplett von der Gemeinde übernommen werden:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme  
8 Nein-Stimmen.

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden geänderten **Beschluss**:

Auf die Erhebung eines Elternbeitrages für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule an den Rosendahler Grundschulen wird verzichtet, bis im Rahmen von Haushaltsberatungen eine Änderung dieses Grundsatzbeschlusses erfolgt (Frühestens für das Schuljahr 2010/11)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Durchführung von Unterhaltungsmaßnahmen und Erneuerung der Heizungsanlage einschließlich Festlegung der Brennstoffart für die Grundschule Darfeld für das Haushaltsjahr 2009**  
**Vorlage: VII/720**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie den der Sitzung vorhergegangenen Ortstermin an der Grundschule Darfeld. Die Angelegenheit sei bereits im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vorberaten worden. Der Schul- und Bildungsausschuss habe die Aufgabe, die räumliche Situation zu prüfen, er sei jedoch nicht zuständig für die Entscheidung über die Art der Heizungsanlage, dies sei Aufgabe des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass die WIR-Fraktion dies lediglich als Information sehe, die für die Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatung benötigt werde.

Die SPD-Fraktion stimme der Schaffung einer Aula sowie dem Umbau der ehemaligen Wohnung zu Schulzwecken eindeutig zu, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt.

Ausschussmitglied Haßler berichtete, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen könne, da dieser eindeutig sage, dass Voraussetzung für die Durchführung der Maßnahmen die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel sei.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass ihm nicht klargeworden sei, was an der Schule getan werden müsse. Vieles von dem, was im Rahmen des Ortstermins besprochen worden sei, könne er nicht nachvollziehen. Er benötige für seine Entscheidung noch etwas Zeit.

Ausschussvorsitzender Kuhl appellierte an die Ausschussmitglieder, ein positives Signal auszusenden.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass seitens der Bundesregierung für Mitte Januar ein zweites Konjunkturprogramm geplant sei. Eventuell sei bis Ende Januar bekannt, ob für die Maßnahmen noch Zuschüsse beantragt werden könnten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte bezeugend auf die Beratung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss mit, dass zwischenzeitlich die Kosten für den Umbau der Aula ermittelt worden seien. Es seien zwei Varianten erstellt worden, diese werden dem Protokoll als **Anlagen I und II** beigefügt. Die Ausschussmitglieder könnten die Varianten dann im Detail nachlesen. Es handele sich jedoch nur um eine grob erfasste Ermittlung, es könnten sich noch geringfügige Änderungen ergeben.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt teilte mit, dass das vorgestellte pädagogische Konzept die volle Zustimmung der SPD-Fraktion finde. Sofern die Finanzlage es zulasse, sollte die pädagogisch sinnvolle Umlegung der Aula vorgenommen werden.

Er könne dem Beschlussvorschlag keine pädagogischen Ansätze entnehmen, entgegenete Fraktionsvorsitzender Weber.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschluss**:

1. Den vorgesehenen schulbautechnischen Maßnahmen (Schaffung einer Aula und Umbau der ehemaligen Dachgeschosswohnung zu schulischen Zwecken) entsprechend der Sitzungsvorlage VII/720 wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Voraussetzung für die Durchführung der Maßnahmen im kommenden Jahr ist die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel im Haushalt 2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 2 Enthaltungen

**6 Kindergartenbedarfsplanung des Kreisjugendamtes Coesfeld für das Kindergartenjahr 2009/2010;  
hier: Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren  
Vorlage: VII/774**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Niehues erläuterte die Sitzungsvorlage. Das Land Nordrhein-Westfalen plane den Ausbau der U 3-Betreuung. Auch der Kreis Coesfeld beschäftige sich derzeit intensiv mit dem Thema. In Rosendahl sei ein vorgezogenes Anmeldeverfahren durchgeführt worden, das Ergebnis sei der Sitzungsvorlage als Anlage V beigefügt. Zwischenzeitlich habe sich der Nikolaus-Kindergarten Darfeld gemeldet. Die Anzahl der Neuanmeldungen betrage nicht 13, sondern 23. Er bat die Ausschussmitglieder, diese Zahl (Anlage V der Sitzungsvorlage) zu korrigieren. Die Gesamtzahl der Kinder im Kindergartenjahr 2009/2010 im Nikolaus-Kindergarten Darfeld ändere sich dann auf 73.

Weiter teilte er mit, dass nur für den DRK-Kindergarten Zwergenland nicht ausreichend Räumlichkeiten vorhanden seien. Am kommenden Freitag finde im Hause ein Gespräch mit Vertretern des Kreisjugendamtes und dem Vorsitzenden des DRK-Ortsverbandes Osterwick/ Darfeld statt, wo besprochen werden solle, wie dieses Problem gelöst werden könne. Denkbar sei der Kauf oder die Anmietung eines Containers (evtl. gebraucht). Der Container könne neben der Turnhalle aufgestellt werden. Da im DRK-Kindergarten Zwergenland die einzige Typ II-Gruppe für Rosendahl vorgesehen sei, müsse hier in den nächsten Wochen auch gemeinsam mit dem Landesjugendamt eine Lösung gefunden werden.

Der DRK-Ortsverein erwarte jedoch eine Übernahme des 10%igen Trägeranteils von der Gemeinde Rosendahl. Bis zu den Haushaltsberatungen könne er Auskunft darüber geben, welche Kosten hier zu erwarten seien. Er werde aber auf jeden Fall

gemeinsam mit dem DRK nach einer kostengünstigen Lösung suchen.

Anschließend erläuterte Bürgermeister Niehues ausführlich, was Typ I-, Typ II- und Typ III-Gruppen bedeuten:

**Typ I-Gruppe:** 4 – 6 Kinder von 2 bis 3 Jahren, maximal 20 Betreuungskinder in der Gruppe

**Typ II-Gruppe:** max. 10 Kinder zwischen 0 – 3 Jahren, keine Betreuungskinder über 3 Jahre

**Typ III-Gruppe:** traditionelle Kindergartengruppe mit im Regelfall 25 Betreuungskindern von 3 – 6 Jahren.

Auf Frage des Fraktionsvorsitzenden Mensing teilte Bürgermeister Niehues mit, dass ein Kind, das zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Kindergarten das 3. Lebensjahr noch nicht vollendet habe, als U3-Kind zählt. Kinder, die im Laufe des Kindergartenjahres 3 Jahre alt werden und erst dann aufgenommen werden, würden als hineinwachsende Kinder bezeichnet.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Haßler teilte Bürgermeister Niehues mit, dass überwiegend 35 Stunden Betreuungszeit gebucht worden seien.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Bereitschaft aller Kindergartenträger zur Aufnahme aller zum Kindergartenjahr 2009/2010 angemeldeten unter dreijährigen Kinder wird ausdrücklich begrüßt.

Es wird erwartet, dass alle für das Kindergartenjahr 2009/2010 angemeldeten Kinder bei der Kindergartenbedarfsplanung des Kreisjugendamtes Coesfeld berücksichtigt werden.

Auch über das Kindergartenjahr 2009/2010 hinaus soll in der Gemeinde Rosendahl ein weiterer bedarfsgerechter Ausbau der U 3-Plätze erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Abschluss einer Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl**  
**Vorlage: VII/773**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Niehues erinnerte daran, wie die Handhabe in den vergangenen Jahren gewesen sei. So habe die Gemeinde schon früher die Kosten für die sogenannten Überhanggruppen übernommen. Anschließend erläuterte den neuen Berechnungsmaßstab.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Weber teilte Bürgermeister Niehues mit, dass der Trägeranteil auf einer Kindpauschale beruhe, hierin seien die Sachkosten pauschaliert enthalten.

Auf entsprechende Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Mensing wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass jährlich eine Schlussabrechnung erfolge.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Dem Abschluss der der Sitzungsvorlage Nr. VII/773 als **Anlage I** beigefügten Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Katholischen Kindergärten in Rosendahl wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **8 Mitteilungen**

### **8.1 Anmeldezahlen an den Grundschulen für das kommende Schuljahr**

Bürgermeister Niehues gab bekannt, dass 140 Kinder an den Rosendahler Grundschulen für das Schuljahr 2009/2010 angemeldet worden seien.

Diese Anmeldezahlen verteilen sich auf die einzelnen Schulen wie folgt:

- |                                     |                                |
|-------------------------------------|--------------------------------|
| a) Antonius-Grundschule Darfeld:    | 27 Anmeldungen (1 Klasse),     |
| b) Sebastian-Grundschule Osterwick: | 70 Anmeldungen (3 Klassen) und |
| c) Nikolaus-Grundschule Holtwick:   | 43 Anmeldungen (2 Klassen).    |

### **8.2 Durchführung außerunterrichtlicher Angebote Offene Ganztagschulen im Primarbereich**

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass mit Stand 15.10.2008 folgende Anzahl von Schülerinnen und Schülern an den außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen teilgenommen haben:

- |                                    |                              |
|------------------------------------|------------------------------|
| a) Antonius-Grundschule Darfeld:   | 27 Schülerinnen und Schüler  |
| b) Sebastian-Grundschule Osterwick | 30 Schülerinnen und Schüler  |
| c) Nikolaus-Grundschule Holtwick   | 24 Schülerinnen und Schüler. |

Für diese 81 Schülerinnen und Schüler sei für das Schuljahr 2008/2009 ein Landeszuschuss bewilligt worden.

### **8.3 Bezuschussung der Kosten für das Mittagessen im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschulen**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass derzeit 81 Kinder an den Betreuungsangeboten der Offenen Ganztagsgrundschulen teilnehmen.

Derzeit erfolge für

- 1.) 12 Kinder von Hartz-IV-Empfängern;
- 2.) 8 Kinder von Wohngeldempfängern sowie
- 3.) 7 Geschwisterkinder

eine Bezuschussung der Kosten für das Mittagessen gemäß Beschluss des Schul- und Bildungsausschusses vom 23. Januar 2008. Die Kosten hierfür belaufen sich auf schuljährlich 6.150,00 €.

**9 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

Anfragen wurden nicht gestellt.

**10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO**

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Horst Kuhl  
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs  
Schriftführer/in